Nr. 21. Halle (Saale), Freitag, den 25. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1. Mk. bei freier Zustellung in Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld monatl., wenn die Zustellung vom Postboten erfolgt.

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm breite Petitzeile kostet 30 Pfg. Für außerhalb des Verbreitungsgebiets 35 Pfg. Angebotunter Text: für die 82 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.

Anzeigen bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbeten.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Die Rede des Reichskanzlers.

Kein Friedensfortschritt.

Der Reichskanzler hat geredet, aber die Friedensmöglichkeit und die Friedensfindung hat seine Rede in keiner Weise bemerkenswert gefördert. Graf Hertling hat nur Bekanntes wiederholt und den alten Standpunkt der deutschen Regierung noch einmal bekräftigt. Das war nicht nötig, das war überflüssig, mehr noch: das war sogar ein Fehler. Denn die kämpfenden Mächte sind bereits in Friedensverhandlungen begriffen, wie die Reden aller Machthaber beweisen. Regierungserklärungen herüber und hinüber stellen heute Friedensverhandlungen dar. Und da hat Graf Hertling nichts zu erklären gehabt, was die Verhandlungen weiter brächte. Er bestätigt, daß Lloyd George und Wilson entgegenkommender geworden sind, er selbst aber bleibt auf dem alten Standpunkt und der Zugeknöpftheit in der Frage der entscheidenden Streitpunkte stehen.

Der Reichskanzler hätte über die Frage der Friedensbedingungen im Osten eine klare Erklärung abgeben müssen, die die Verhandlungen zu fördern geeignet wäre. Das geschah nicht. Es bleibt dabei, daß die deutsche Regierung das Selbstbestimmungsrecht Polens und der Grenzvölker so auffaßt, daß diese Völker ihre Loslösung von Rußland schon (durch ihre eingesetzten Verwaltungen) beschlossen hätten und mit dem bisherigen Mutterlande Rußland darüber nichts mehr zu regeln sei.

Aber die wichtigste Frage war und ist Belgien. Hier hätte man erwarten müssen, daß endlich, endlich einmal eine greifbare Erklärung erfolgt wäre. Der Schleier blieb ungelüftet. Eine Erklärung, daß [illegible] selbstverständlich volles, freies Selbstbestimmungsrecht [illegible] daß es wiederhergestellt werden wird, würde eine Friedenstat bedeuten. So aber bleibt alles im Dunkeln, wie bisher.

Der Reichskanzler hat sich fast ausschließlich mit Wilson beschäftigt, leider aber, ohne seinen vorgeschlagenen Bedingungen einen ernsten Friedenswunsch zuzuerkennen. So bleibt alles zunächst wohl wie es war — und das Rüsten für den ungeheuerlichsten Waffenzusammenprall im Westen geht weiter.

Der österreichische Außenminister Graf Czernin hat zugleich in Wien erneut — und geradezu demonstrativ — bekräftigt, daß Oesterreich von Rußland kein Stück Boden und keinen Kreuzer wolle, ebenso, daß es Polens Selbständigkeit achte. Doch hier ergeben sich auch schon wieder „Modalitäten" .... Bemerkenswert war Czernins Erklärung, zu Vermittlungen zwischen Deutschland und den Westmächten bereit zu sein.

Die Erklärungen Graf Hertlings.

Berlin, 24. Januar. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages führte Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling aus, daß er trotz aller Schwierigkeiten an der Hoffnung festhalte, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden. Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir

der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden

sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Inzwischen sind zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an,

daß Lloyd George seinen Ton geändert hat.

Er schimpft nicht mehr und spricht dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen. Er will über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht sprechen — eine Gesinnung, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ernsten Friedenswillen noch nichts verspüren können.

Der Reichskanzler gibt einen Rückblick auf die Politik Deutschlands und sagt, daß die Rüstungen Deutschlands lediglich der Friedenspolitik dienten.

Und nun Elsaß-Lothringen! Auch jetzt spricht Lloyd George wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen umfaßt zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir im 70er Kriege die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannektion nennt. Und diese Desannektion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 26. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden.

Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Der englische Historiker Thomas Carlyle schrieb in einem Briefe an die Times im Dezember 1879: „Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluß, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entrissen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern."

Ich komme nunmehr zu Wilson. Auch hier ist der Ton ein anderer geworden. Jetzt ist nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Es sind 14 Punkte, in denen Wilson sein Friedensprogramm formuliert.

Die Bedingungen Wilsons.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 [illegible] und nahe zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges, und zuerst durch die Enthüllungen der russischen Geheimakten das Licht der Oeffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schiffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandsinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden konnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind damit einverstanden. Wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4. Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. Man sieht also, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Der fünfte Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich — England — überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkte seiner Zeit zu reden sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreichs gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesem, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt 7 kommt auf die belgische Frage. Von meinen Amtsvorgängern ist wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebiets der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkte festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8. Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalsten Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebieten nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr deutschtum innerlich angegliedert hat, das sich in hocherfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen.

9., 10. und 11. Italienische Grenzen. Nationalitätenfrage der Donaumonarchie. Balkanstaaten. Diese Punkte berühren die politischen Interessen unseres Verbündeten. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Wir werden alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn eine Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

12. Türkei. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit den Meerengenfragen eng zusammenhängt sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reichs. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand zählen.

Punkt 13 behandelt Polen. Nicht die Entente, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Ich stehe jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenleben der Völker [illegible] erreicht eine Höhe von 12[illegible] Milliarden Dollar [illegible] wenn sie des Krieges allein 11 Milliarden verdanke des Verbandes der Völker bei näherer [illegible] Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlage eines solchen Völkerbundes nahetreten.

Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher ehrlicher Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewiß Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen, und die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten", aber sie schielen begierlich nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der alle unsere früheren Aeußerungen der Friedensbereitwilligkeit als bloßes Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkt, von dieser Einsicht sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist.

Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind,

so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren

oder, wie Lloyd George sagte, eine Reconsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde, allgemeine Friede ist solange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es, ruhig zusammenstehen und abwarten. Im Ziele sind wir alle einig, über die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein, ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Lasten denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und der gering besoldeten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten. In politischer Reife lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein. (Lebhaftes Bravo!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0001

Die Debatte.

Da der Inhalt von Hertlings Rede den Fraktionsführern schon am Mittwoch angekündigt worden war, wurde es den Rednern, die nach ihm sprachen, möglich gemacht, wohlausgearbeitete Erwiderungsreden zu halten. Der Abg. Trimborn erklärte das Einverständnis der Zentrumspartei mit Hertlings Ausführungen. An der Frage Belgiens dürfe der Friede nicht scheitern. Dem Verhalten der Unterhändler in Brest-Litowsk sprach Redner volle Billigung aus, und behauptete sogar, die bekannten Ausführungen des Generals Hoffmann hätten vollen Widerhall im deutschen Volk gefunden. Die militärische Räumung im Osten dürfe erst erfolgen, wenn unsere militärische Sicherheit gewährleistet sei. Es müsse alles verhindert werden, was die Ruhe in den besetzten Gebieten gefährde. Die Frage, ob die Unterhändler in Brest die Meinung der Reichstagsmehrheit vertreten, beantwortete Redner damit, daß Hertling und Kühlmann volles Vertrauen des Reichstages besäßen.

Abg. Scheidemann (Soz.) schilderte das Wirken zweier Parteien, der einen, die einen Machtfrieden, und der anderen Partei, die einen Verständigungsfrieden wolle. Die ersteren stützen sich auf den U-Boot-Krieg und auf die Offensivkraft im Westen. Der sicherste Erfolg des U-Bootkrieges, so sagte Redner, war bekanntlich das Eingreifen Amerikas. Wenn aber der Durchbruch im Westen gelänge, wäre der Friede noch lange nicht da. Inzwischen habe sich aber die Psychologie der Völker geändert. Man solle also nicht alles auf die eine Karte des Sieges im Westen setzen. In Brest seien wir noch keinen Schritt vorwärts gekommen, man redete mit Recht von Zweideutigkeiten, die aber nicht auf Hertling und Kühlmann zurückzuführen seien, sondern nicht zum wenigsten auf das Eingreifen von Tirpitz und Gadeken. In Oesterreich herrsche allgemein die Meinung, Deutschland hintertreibe den Frieden. Wenn die leitenden Männer den Frieden mit Rußland nicht zustande bringen, dann sollen sie lieber gehen. Die Rede Hoffmanns habe gezeigt, daß große Meinungsverschiedenheiten bestehen, sie habe auch sicher den letzten Anstoß zu den österreichischen Streiks gegeben. Das Militär könne eben auf politischem Gebiet nur Schaden anrichten. Nach der letzten Erklärung des Grafen Czernin dürfte Oesterreich nur für einen annektionslosen Frieden als Bundesgenosse in Frage kommen. Das Wort Hertlings, daß Wilsons Vorschläge keinen ernsten Friedenswillen zeigen, sei sehr zu bedauern. Wie Wilson, so wollen auch wir wissen, ob mit der Regierung oder mit der Vaterlandspartei die Friedensverhandlungen geführt werden. Wenn die belgische Frage klar beantwortet ist, wird wegen Elsaß-Lothringen weder England noch Amerika den Krieg fortführen. Auch wir dürfen es nicht tun, etwa wegen Polen oder mangels einer Einigung über die Türkei. Wir haben also kein Recht, Wilsons Vorschläge abzulehnen, zumal wir doch einen wirklichen Verständigungsfrieden wollen. Der Reichskanzler hätte erklären müssen, daß es unsere Ehrenpflicht ist, der vollen ehrlichen Wiederherstellung Belgiens zuzustimmen. Jeder Versuch müsse gemacht werden, die Frühjahrsoffensive mit ihren neuen Riesenopfern zu vermeiden. Die Stimmung des Volkes ist jetzt so, daß seine Erwartungen weder im Innern noch im Aeußeren getäuscht werden dürfen.

Fischbeck (Frk. Vp.): Ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes gibt es keine Verhandlungen mit Rußland. Nach der Polenproklamation der beiden Kaiser kann man die Polen nicht wieder an Rußland ausliefern. Der Wille der Ostvölker zur Selbständigkeit muß gestützt werden. Gegen die Zurückziehung der Truppen spricht die Unsicherheit der Verhältnisse. Der Reichstag wird eine Politik des Selbstbestimmungsrechts unterstützen. Die Annektionisten haben die Oberste Heeresleitung in den Streit gezogen. Ich glaube [illegible] daß einzelnen Offizier der programmatisch festgelegten Meinung auf [illegible] Boden [illegible] Die Fortsetzung beginnt [illegible] vorw. 9 – 12. [illegible] Frieden wollen. Ein wesentlicher Teil von Wilsons Forderungen stimmt mit denen des Reichstags überein. Eine elsaß-lothringische Frage gibt es nicht. Wie steht es mit dem Selbstbestimmungsrechte der von England unterworfenen Völker? Sobald Wilson die Unverletzbarkeit unserer Gebiete garantiert, ist eine Verhandlungsgrundlage gefunden.

Abg. Stresemann (Natl.): Die englische Regierung macht keine genauen Angaben über den wirtschaftlichen Zustand ihres Landes. Die englischen Zeitungen beleuchten die Schwere der Versorgung des Volkes — eine Folge des U-Bootkrieges. Lloyd Georges Rede zeigt keine Friedensneigung. Wilsons 14 Punkte enthalten viel Sentimentalitäten. Die Integrität der Türkei müssen wir wahren. Auch wir wünschen keine Annektion Belgiens. Die flämische Bewegung geht aber auf Selbständigkeit. In Litauen ist keine politische Schulung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden war, muß für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts in den östlichen Grenzländern genügen. General Hoffmann wandte sich nur gegen die überhebende Art der russischen Vertreter. Falsch ist es, daß Militärs nichts in politischen Dingen zu sagen hätten. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß wir nicht Lódsch und Ivangorod und Kowno erhalten haben.

Freitag vormittags spricht als erster Redner Staatssekretär v. Kühlmann.

Stimmen der „Enttäuschung".

Wer sich über die Haltung der Regierung nicht täuschte, kann auch durch die Erklärung Hertlings nicht „enttäuscht" werden. Die Scheidemannaktion aber ist schwer „enttäuscht". Scheidemann hat es selber angedeutet. Noch deutlicher werden die Preßorgane. So sagt die Stampferkorrespondenz:

„Die ganze Rede Hertlings hat enttäuscht und scheint von der Sorge diktiert worden zu sein, um Gotteswillen nur nicht zuviel zu sagen, damit man im Auslande nicht etwa auf den schmählichen Verdacht kommen könnte, die deutsche Regierung sehne sich aufrichtig nach dem Frieden. Graf Hertling erklärt, daß die Räumung des besetzten Gebiets des früheren russischen Zarenreichs eine Angelegenheit sei, die nur zwischen den Mittelmächten und Rußland zu regeln wäre. Die hohe Welt wird in dieser Ablehnung nicht bloß formale Korrektheit erblicken wollen, sondern sie wird sie mit dem sehnlichen Wunsch in Zusammenhang bringen, solange wie möglich in den besetzten Gebiete zu bleiben, um womöglich eine „Annehmung" an die Mittelmächte herbeizuführen. Zur Frage Belgien hat der Reichskanzler abermals abgelehnt, eine „Vorwegnahme" dieses Problems zu gestatten, solange nicht die Integrität des Gebiets der Mittelmächte anerkannt sei. Bekanntlich stehen die Engländer geschlossen bis zu Ramsay Macdonald auf dem Standpunkte, daß die Entente die Integrität des Gebiets der Mittelmächte auf keinen Fall anerkennen dürfe, solange nicht die Wiederherstellung Belgiens gesichert sei. Praktisch läuft der Standpunkt Hertlings darauf hinaus: die Engländer sollten erst erklären, daß sie die deutschen Kolonien und die von ihnen besetzten türkischen Provinzen bis auf das letzte Zipfelchen herauszugeben bereit wären, und dann will Deutschland erst in eine Behandlung der belgischen Angelegenheit eintreten. Es ist nicht einmal gesagt, daß Deutschland zur Wiederherstellung Belgiens bereit sei, falls ihm seine Kolonien zurückgegeben würden, es ist nur gesagt, daß man über die Zukunft Belgiens jede Diskussion verweigert, solange die andern nicht durch die Abgabe der geforderten Integritätserklärung kein Zugeständnis gegeben haben. Auf diese Weise kommt man dem Frieden nicht näher. — Auf die besetzten Gebiete Frankreichs wird dann das Wort „Faustpfand" angewendet, das man bei Belgien sorgfältig vermieden hat. Es wird gesagt, daß eine gewaltsame Angliederung nicht beabsichtigt wird, und es wird für später die militärische Räumung angekündigt, deren Bedingungen und Modalitäten den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müßten. Das mißtrauische Ausland wird fragen: Was steckt dahinter? Welcher Art sind diese Modalitäten? Beziehen sie etwa die Sicherung wirtschaftlicher Vorrechte im Erzbecken von Briey und Longwy? — Graf Hertling verspricht schließlich, sich für den Völkerbund interessieren zu wollen, wenn alle andern schwebenden Fragen geregelt sein werden. Wenn bei den künftigen Friedensverhandlungen alles nach deutschen Wünschen geht, dann wird Deutschland ebenfalls bereit sein, sich einem solchen Völkerbund anzuschließen. Graf Hertling hat eine Rede gehalten, wo man eine Tat erwartete. Sie bedeutet keinen wesentlichen Schritt zum Frieden, und sie wird im Innern die Wogen nicht glätten. Die sozialdemokratische Partei kann und wird ihre Enttäuschung nicht verbergen, die Regierung Hertling hat nicht erfüllt, was das Volk von ihr erwartet hat."

•

Daß die Enttäuschung der Reformsozialisten zu einer Aenderung ihrer Kriegspolitik der Regierung gegenüber führen werde, glaubt wohl vorerst kein Mensch.

Die Internat. Korr. sagt ähnlich:

„Hertlings Ansprache von 20 Minuten enthielt nichts und wird allgemein enttäuschen. Die großen Fehler der Kanzlerrede liegen in dem, was sie nicht enthält: sie gab keinerlei Aufschluß über den Stand des Sonderfriedens und enthielt kein Wort über die preußische Wahlreform. Sie gab Dinge, die jeder sich selber sagen konnte und glitt über alle Schwierigkeiten hinweg. Die Erklärung für dieses Schweigen des Kanzlers liegt wohl darin, daß er nicht mehr zu sagen wußte, weil schon diese seine Rede bei den vielen widerstreitenden Interessen eine schwere Geburt war. Welche Taktik ihr gegenüber die Sozialdemokratie einschlagen wird, ob sie noch einmal abwartet, wie die Wahlrechtskommission weiterarbeitet und die Weimärkle 1.5 zu Oesterreichs Angebot stellen oder ob sie ihrer Enttäuschung über die Unfähigkeit der Regierungshaltung unmittelbaren Ausdruck gibt, muß der Entscheidung der zuständigen Faktoren überlassen bleiben."

•

Die Erklärungen Czernins.

Wien, 24. Januar. Minister des Aeußern Graf Czernin hielt im Ausschuß für Aeußeres in der österreichischen Delegation eine Rede, in der er nach Schilderung der Brester Verhandlungen erklärte:

Die Basis, auf welcher Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen, neuentstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ohne Kompensation und ohne Annektionen. Das ist das Programm, von dem ich nicht abweichen werde. Ich habe der Oeffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, welchen Weg ich gehe, und ich habe mich niemals auch nur um eines Haares Breite von diesem Wege abdrängen lassen, weder nach rechts noch nach links. Ich erkläre hier nochmals, daß ich

keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland verlange,

und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede zustande kommen muß. Wenn unsere russischen Gegenunterhändler von uns eine Gebietsabtretung oder eine Kriegsentschädigung verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe, wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen [illegible] Ich bin kein Freund der Geheimdiplomatie. Die Kommissionen auf der annektions- und kontributionslosen Basis vereinigt haben. Zwei Schwierigkeiten sind da. Die erste ist, daß wir mit verschiedenen neuentstandenen russischen Reichen zu verhandeln haben, welche untereinander ihre Kompetenzsphäre noch gar nicht abgegrenzt und geklärt haben. Es kommen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland, zweitens unser eigentlicher neuer Nachbarstaat, die große Ukraine, drittens Finnland und viertens der Kaukasus. Wir wollen uns nicht in die internen Angelegenheiten Rußlands einmischen. Wir werden übereinstimmend mit der ukrainischen Republik konstatieren, daß die alten Grenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem früheren Rußland auch zwischen uns und der Ukraine gelten. Was Polen betrifft, dessen Grenzen übrigens noch nicht genau fixiert sind, so wollen wir gar nichts von diesem neuen Staate. Frei und unbeeinflußt soll Polens Bevölkerung ihr eigenes Schicksal wählen. Ich hege dabei unzweifels gar keinen besonderen Wert auf die Form des diesbezüglichen Volksvotums. Je sicherer es den allgemeinen Volkswillen widerspiegelt, desto lieber ist es mir, denn ich will nur den freiwilligen Anschluß Polens: nur in dem diesbezüglichen Wunsche Polens sehe ich die Gewähr einer dauernden Harmonie. Ich halte unwiderruflich an dem Standpunkte fest, daß die polnische Frage den Friedensschluß nicht von einen Tag verlangern darf. Wird es nach Friedensschluß eine Anlehnung an uns suchen, so werden wir es gerne aufnehmen, den Frieden darf uns wird die polnische Frage nicht gefährden. Ich hätte es so gerne gesehen, wenn die polnische Regierung an den Verhandlungen hätte teilnehmen können, denn meiner Auffassung nach

ist Polen ein selbständiger Staat:

die Petersburger Regierung aber steht auf dem Standpunkte, die heutige polnische Regierung sei nicht berechtigt, im Namen ihres Landes zu sprechen.

Die zweite Schwierigkeit ist die Meinungsdifferenz unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von den deutschen Truppen besetzt sind. In beiden Fragen muß ein Mittelweg gefunden werden. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können.

Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern. Ich bin in dieser Ansicht um bestärkt worden durch das Friedensangebot, welches der Präsident der Vereinigten Staaten an die ganze Welt gerichtet hat. Ich finde in den letzten Vorschlägen Wilsons eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt. Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbündeten beziehen — es ist von dem deutschen Besitz, von Belgien und von dem türkischen Reiche die Rede — erkläre ich, daß ich für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu gehen stets entschlossen bin. Den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Aber die Marschlage, wie wir bei uns im Innern regieren, lehne ich entschieden ab. Wir haben in Oesterreich ein Parlament des allgemeinen, aktiven, direkten und geheimen Wahlrechts und ordnen alles selbst.

Graf Czernin erklärt dann seine Zustimmung zu den Punkten Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freiheit der Meere, kein Wirtschaftskrieg, Begrenzung der Rüstungen, allgemeiner Völkerbund. Bezüglich Italiens, Serbiens, Montenegros u. Rumäniens weigere ich mich, als Fürsprecher für feindliche Kriegsabenteuer zu fungieren und unsern hartnäckigen Feinden einseitige Konzessionen zu machen, die ihnen erlauben, den Krieg ins Endlose weiter zu schleppen. Ein Vergleich meiner mit Wilsons Ansichten erzielt nicht nur in den großen Prinzipien eine Uebereinstimmung, sondern auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Vielleicht könnte ein Gedankenaustausch zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn zum Ausgangspunkt für eine persönliche Aussprache zwischen den Staaten werden, die bisher noch nicht über den Krieg in Besprechungen eingetreten sind.

Czernin besprach die Nahrungsfrage und wandte sich gegen Streiks. Wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, so wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Da aber die Regierung genau das Gleiche will, die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens, ohne annektionistische Ziele, so wäre es Wahnsinn, ihr in den Rücken zu fallen. Entweder haben Sie Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen, ein drittes gibt es nicht!

Rußland.

Schreckensnachrichten über die Zustände in Petersburg verbreitet die bürgerliche Kriegspresse nach wie vor. So soll seit zwei Tagen eine Schlacht in den Straßen im Gange sein und der Terror der Bolschewisten und Roten Garden „Orgien feiern". Keine der Nachrichten ist irgendwie verbürgt.

Petersburg, 24. Januar. Einer der Männer, die an der Ermordung Schingarews und Kokoschkins teilgenommen haben, wurde verhaftet. Alle Mörder sind bekannt. Ihre Verhaftung steht nahe bevor.

Ukraine. Zwischen den ukrainischen und den maximalistischen Truppen soll eine Entscheidungsschlacht bevorstehen. Die Bolschewisten haben die Städte Sarny, Aschchirna und Troisk besetzt.

Politische Uebersicht.

Aus einem sonnigen Lande.

Aufhebung des Belagerungszustandes im Reiche mit Ausnahme der Kriegszone wird gemeldet und das Regierungsblatt schreibt dazu: „Die Bedeutung dieses Beschlusses liegt klar zutage. Er wird überall einen sehr guten Eindruck hervorrufen; denn während in einigen feindlichen Ländern die Kriegsregierung gewaltsam und neue Verfolgungen eingeleitet wurden, um den Krieg fortzusetzen, zeigt dieser von der Regierung im vierten Kriegsjahre gefaßte Beschluß, von welchen Gefühlen Regierung und Nation wechselseitig beseelt sind."

Das schreibt leider nicht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, sondern der Tanin in Konstantinopel. Und es ist leider nicht das Deutsche Reich, wo die Fesseln des Belagerungszustandes dem Volke abgenommen werden, sondern das türkische Reich. Was aber hinten in der Türkei möglich ist, das ist offenbar im Deutschen Reiche ganz unmöglich — wenigstens nach Ansicht der deutschen Regierung. Immerhin mag ihr der Vergleich mit der Türkei, der dem deutschen Volke durch die Konstantinopeler Nachricht aufgedrängt wird, nicht ganz angenehm sein. Die Türkei galt ja doch bisher, trotzdem sie der Bundesgenosse Deutschlands ist, als ein in mancher Beziehung „rückständiges, noch halb barbarisches" Land!

Verhältniswahlrecht in England.

London, 23. Januar. Das Unterhaus hat mit 132 gegen 42 Stimmen den Nachsatzantrag zum Wahlreformgesetz angenommen, welche den Grundsatz der proportionalen Vertretung aufstellt.

Kleine politische Nachrichten.

„Werde nicht international." Aus Passau meldet W. T. B. Im Ausschuß an hier gehaltene vaterländische Jugendvorträge über Deutschen Geist und deutsche Disziplin ist an Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet worden, auf die folgende Antwort eingetroffen ist: „Mit herzlicher Freude erfüllt mich das Gelöbnis der Jugend Deutschlands, unseren kämpfenden Geschlecht nachzueifern. Gehorsam gegen Gott, Landesherrn, Eltern und Vorgesetzte. Deutsche Disziplin und deutscher Geist haben uns die Riesenkraft verliehen zum Widerstand gegen den übermächtigen Feind. Deutsche Jugend, laß Dir dieses deutsche Kleinod nicht rauben! Werde nicht international, bleib allezeit kerndeutsch. Generalfeldmarschall von Hindenburg."

Preussisches Zwischenspiel.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

115. Sitzung. Donnerstag, 24. Januar, vorm. 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag rechtsstehender Abgeordneter betr. die Sicherstellung des Rechtes der Staatsbeamten auf politische Betätigung. In seiner ursprünglichen Fassung hatte dieser Antrag auch um Zurücknahme des Erlasses des Ministers des Innern über die Betätigung der Beamten in der Vaterlandspartei gefordert. Der Ausschuß hat einstimmig den Antrag angenommen, mit der Redaktion, daß es innerhalb der Dienträume, auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnützung der Dienstgewalt die politische Betätigung verlangt sei.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.) beantragt Zurückweisung der Angelegenheit an den Ausschuß zwecks schriftlicher Berichterstattung.

Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.) widerspricht. Die Vaterlandspartei will offenbar in der Zwischenzeit weiter auf die Brester Verhandlungen einwirken. Das Menetekel in Oesterreich sollte als Warnung dienen. Sie tanzen auf einem Vulkan. (Lärm.) Selbst ein Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen wie in Oesterreich zehn Minuten vor einer Katastrophe. (Gr. Lärm.) Das Volk hat es satt, weiter in den Krieg gehetzt zu werden. (Lärm und Pfuirufe.) Der Vizepräsident ruft den Redner zur Ordnung.

Frhr. v. Zedlitz (Freikons.): Niemand will die Angelegenheit verschleppen, aber ohne Bericht geht es nicht.

Vizepräsident Dr. Lohmann: Wenn ein schriftlicher Bericht nicht vorliegt und ein mündlicher nicht gegeben werden kann, muß, geschäftsordnungsgemäß die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung erfolgen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Wenn das auch in der Geschäftsordnung steht, so ist das Haus doch jederzeit souverän. Wenn Sie nicht unserem Rate folgen, übernehmen Sie die Verantwortung für alles, was kommt. (Lärm und Zurufe: Gehen Sie doch zu den Bolschewiks!) Auf den Reichskanzler wird in unerhörter Weise eingewirkt. (Zurufe: Zur Sache!) Der Reichskanzler ist auch ein Beamter, und wir wollen diese Einwirkung zur Herbeiführung einer bestimmten politischen Betätigung verhindern. (Gelächter.) Sie wollen das Volk weiter in den Krieg hetzen und neue Millionen opfern. (Gr. Lärm und Pfuirufe. Der Vizepräsident ruft den Redner wiederum zur Ordnung.)

Abg. Fuhlmann (Natl.): Wir würden auf schriftliche Berichterstattung verzichten, wenn ein mündlicher Bericht vorläge. Mit den Brester Verhandlungen hat dieser harmlose Vorgang nichts zu tun.

Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.): So harmlos ist die Sache nicht. Seit dem Beschluß des Ausschusses sind acht Tage verflossen. In diesen acht Tagen haben sich in Oesterreich Ereignisse abgespielt, die auf den Ausschuß vielleicht Eindruck gemacht hätten. (Widerspruch.) Aber wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Abg. Boisly (Natl.): Der Vorredner irrt. Die Ausschußsitzung hat vorgestern abend stattgefunden und sämtliche Vorgänge in Oesterreich waren bekannt.

Die Geschäftsordnungs-Aussprache wird durch Schlußantrag geschlossen. Gegen die Stimme des Abg. Hoffmann wird

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0002

den Stimmen aller anderen Parteien die Angelegenheit an den Ausschuß zurückverwiesen.

Das Haus stimmte dann den formalen Aenderungen des Wohnungsgesetzes zu und nahm die Anträge, die Regierung um Förderung des Kartoffelanbaues zu ersuchen, an.

Vizepräsident Lohmann schlägt vor, die nächste Sitzung am 26. Februar abzuhalten mit der Tagesordnung: 2. Lesung einer Reihe von Etats.

Abg. Ströbel (U. Soz.): Ich beantrage, morgen eine Sitzung anzuberaumen zur Beratung des Antrages Fuhrmann betr. die Stellung der Beamten zur Vaterlandspartei. Die Gärung des Volks ist, wie Sie wissen, aufs höchste gesteigert durch den Terrorismus, der von den Alldeutschen getrieben wird. Wohin die törichte Politik der Volksbetrugs führt, haben Sie in Oesterreich gesehen. (Gr. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Lohmann: Der Antrag ist geschäftsordnungsmäßig gar nicht zulässig, da der Antrag Fuhrmann bereits an eine Kommission verwiesen ist.

Abg. Ströbel (U. Soz.): Dieser Beschluß kann sehr wohl umgestoßen werden.

Abg. Frhr. v. Redlich: Das Vorgehen des Herrn Ströbel beweist, daß die Herren gar nicht beabsichtigen, sachlich über die Materie des Antrags Fuhrmann zu sprechen, sondern daß, sie lediglich die Gelegenheit kennen wollen zu agitatorischen Reden nach außen. Wenn auch nicht absichtlich, so fördern sie doch tatsächlich damit die Geschäfte unserer Feinde. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Ströbel (U. Soz.): Diesen Vorwurf weise ich zurück. Die Geschäfte der Feinde werden vielmehr besorgt durch den unsinnigen Terrorismus der Alldeutschen. Wenn sich die Erregung wie in Oesterreich auch bei uns entlädt, so ist das Ihre Schuld. (Sehr gut! b. d. U. Soz., Unruhe rechts.)

Der Antrag Ströbel wird abgelehnt. Schluß: 5½ Uhr.

Aus der Provinz.

Die Anpflanzung von Nußbäumen

empfiehlt der Minister für Landwirtschaft. Domänen und Forsten. Er hat bekanntlich eine Verfügung erlassen, daß nach Möglichkeit die Verpachtung unserer Walnuß-Pflanzen nicht ins Stocken geraten möchte, weil der Bedarf an Walnußholz für die Zukunft außerordentlich groß werden wird. Man solle möglichst schon jetzt Plätze ausfindig machen, auf denen Walnußbäume ein gutes Gedeihen finden werden. Für die Anpflanzung von Walnußstämmen sind vom Minister Beihilfen aus Staatsmitteln in Aussicht gestellt worden, um Nußbäume überall dort unterzubringen, wo sie günstige Bedingungen für ihre Weiterentwicklung erhalten. Deshalb geht an die Obstbauvereine und an die Privatbesitzer die Anregung, Gesuche um Beihilfen zu solchen Pflanzungen, die für den Herbst in Aussicht genommen werden, möglichst frühzeitig einzureichen, damit alle diese Gesuche rechtzeitig Berücksichtigung finden können. Es werden jetzt im Herbst sicherlich auch ausgewachsene Walnußbäume (im Gegensatz zu den jungen Pflänzchen, die in diesem Frühjahr zur unentgeltlichen Verteilung gelangten) zur Verfügung gestellt.

Damit aber der in den Baumschulen vorhandene Vorrat rechtzeitig bereitgehalten wird, ist eine baldige Einreichung solcher Gesuche erwünscht, weil die Gefahr besteht, daß die Vorräte in den Baumschulen nicht ausreichend sind, um alle diesbezüglichen Gesuche befriedigen zu können.

Für die Gewinnung von Walnußholz kommt neben der Juglans Regia auch der jüngere Nußbaum, Juglans Nigra, in Frage, der für die Holzgewinnung einen außerordentlich hohen Wert besitzt. Man sollte deshalb die Stellen, bei denen man auf Ernten und Früchte keinen besonderen Wert legt, sondern die nur zur Erziehung des Walnußholzes dienen sollen, mit der Juglans Nigra bepflanzen. Auch sie wird die vom Ministerium in Aussicht gestellte höchstzulässige Zuwendung aus Staatsmitteln erhalten, wenn die Prüfung der Plätze ergibt, daß Aussicht auf ein gutes Gedeihen vorhanden ist.

Die Obstbauabteilung der Landwirtschaftskammer ist bereits [illegible] 10 Mk. [illegible] auftragt, größere Mengen auch 8 bis 4jähriger, pflanzbarer Nußbäume, bei denen die Gewähr besteht, daß sie von guten Mutterbäumen stammen, für die jetzige Pflanzzeit bereithalten, damit sie den Interessenten zu gegebener Zeit überwiesen werden können. Anträge auf die Lieferung solcher Bäume, für deren Anpflanzung vom Herrn Minister die Gewährung einer Staatsbeihilfe in Aussicht gestellt worden ist, sind sobald wie möglich erwünscht, da die vorhandenen Vorräte guter Nußbäume nicht allzu groß sein dürften.

Auch die Anträge auf Gewährung einer Staatsbeihilfe für die Anpflanzung von Nußbäumen werden von der Landwirtschaftskammer zur Prüfung und Weitergabe an den Minister gesammelt, wo die Beschaffung des Pflanzenmaterials von den Interessenten selbst übernommen wird.

Merseburg. Der Abschluß des Elektrizitätswerkes ist um 16 226 Mk. höher als im Haushaltsplan vorgesehen war. Es werden davon 5000 Mk. der Kämmereikasse und 11 226 Mk. dem Erneuerungsfonds des Elektrizitätswerkes zugeführt.

Delitzsch. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, nämlich Justizrat Dr. Schulze als 1. Vorsteher, Geheimrat Liebner als Stellvertreter, Lehrer Richter als Schriftführer und Lagerhalter Münzer als stellvertr. Schriftführer. An Stelle des vom Amte zurückgetretenen Privatmanns Thalemann wurde Maurermeister Robert Rickau zum unbesoldeten Stadtrat gewählt.

— Entwichener Sträfling. Der dem Gerichtsgefängnis zu Halle und von diesem der Arbeitsstelle am Bölberger Wege zugeteilte Strafgefangene Kunitsche, von hier gebürtig, ist am 27. Dezember v. J. von dort entwichen und trieb sich in hiesiger Gegend umher. K. stand im Verdacht, an den letzten Einbruchsdiebstählen in Delitzsch beteiligt zu sein und es glückte der Polizei, ihn in der Nacht zum Dienstag festzunehmen und der Wache zuzuführen. Nächsten Tags wurde er als Untersuchungsgefangener dem Amtsgericht zugeführt. Hier gelang es dem K., gestern morgen unter Hinterlassung seines Ueberziehers abermals zu entweichen. K. treibt sich wahrscheinlich in Anstaltskleidung umher.

— Ein lebendes Schwein am hellichten Tage gestohlen. Am Donnerstage wurde in der Mittagszeit aus einem Güterwagen ein 100 Pfund schweres Schwein, das gemeinsam mit vielen anderen Borstentieren vom Viehhandelsverband auf dem hiesigen Güterbahnhof zur Verladung gekommen ist, gestohlen. Eine Spur des Täters konnte bisher nicht ermittelt werden.

Bitterfeld. Bestrafte Strafe. Im Juli v. J. hatte der Landwirt Hermann Müller in Sandbach den Landwirt Rossa bei einem Zusammentreffen im freien Felde mit seiner Mistenhacke derartig auf den Kopf geschlagen, daß R. zusammenzubrechen und mehrere Tage bewußtlos geblieben war. Das Schöffengericht in Bitterfeld hatte M. wegen schwerer Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Ein Vorkommnis, das lange Jahre zurückliegt, hatte Anlaß zu bitterer Feindschaft zwischen den Beiden gegeben. M. war ein größerer Geldbetrag aus seiner Wohnung abhanden gekommen und er soll Rossa im Verdachte des Diebstahls gehabt haben. Wenige Tage später hatte das Geld sich aber im Kellerloch des Müllerschen Hauses gefunden, weshalb gemutmaßt wurde, die eigenen Tochter hätten es entwendet gehabt. Fortgesetzt hatte man Rossa, wenn er an M. vorüberging, vor sich hingesagt: „Pit, Pit, sie wollen mausen!", was schließlich den unglücklichen Ausgang zur Folge gehabt hat. Die Strafkammer in Naumburg hat das Schöffengerichtsurteil bestätigt.

Köthen. Ein Handwagen voll Runkelrüben, die die Ehelente Wilhelm und Alma Döbel auf fremdem Felde geerntet hatten, hatte auf Grund der Kriegsgesetze jedem fünf Tage Gefängnis und außerdem jedem 10 Mk. Geldstrafe wegen Bedrohung und Unterschlagung eingebracht. Die Berufung ist von der Strafkammer verworfen worden.

Teutschenthal. Ein verwegener Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch beim Gutsbesitzer M. verübt. Weil die Diebe wohl den scharfen Hofhund fürchteten, drangen sie von der Rückseite des Grundstücks über die Dächer der Ställe zum Wohnhaus. Hier verschafften sie sich Eingang, indem sie die Riegel für den Durchzug [illegible] von [illegible] und [illegible] abdeckten; sie gelangten so in die Waschküche und nahmen nicht nur das am Tage vorher geschlachtete Schwein mit, sondern auch sämtliche Räucherwaren aus der Räucherkammer. Es handelt sich hiermach um ganz gewiegte Einbrecher, die mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraut sind.

Bitterfeld. Die Wohnungsfrage behandelte Bürgermeister Schmidt in der letzten Stadtverordneten-Sitzung in längeren Ausführungen zu dem Antrage über Aufstellung eines neuen Bebauungsplans. In Bitterfeld habe in den letzten Jahren stets Wohnungsmangel geherrscht. Der nun zur Wohnungsnot geworden sei. Nach dem Kriege wolle man diese beseitigen und bauen. Das Bauen werde nach Friedensschluß für Private eine erheblich schwierige Sache sein, da das erforderliche Geld zu teuer sein werde. Es müßten deshalb gemeinnützige Bauvereine in Anspruch genommen werden, die für genügendes und unkündbares Geld Sorge tragen. Er wies auf den gemeinnützigen Bauverein in Halle und die Siedlungsgesellschaft Sachsenland hin. Die erforderlichen Geldmittel sind vom Staat und von öffentlichen Kassen leicht und schnell zu erhalten; auch die Stadt und die Industrie werden ihre Mithilfe nicht versagen. Ueberall soll schon jetzt die nötige Aufklärung stattfinden, auch sollen die Stadtverordneten an ihrem Teil dazu beitragen. Wo gebaut werden soll, ist noch nicht genau bestimmt, doch habe man schon geeignete Gelände in Aussicht. Auf und Zustädtchen für eigene Heime wolle man schaffen. Es soll ein neuer Bebauungsplan ausgearbeitet und auch das Stadtinnere einer genauen Prüfung unterzogen werden. Es handelt sich besonders um den nördlichen Stadtteil vom Friedhof, von der Dessauerstraße und Feldstraße bis zur Berliner Eisenbahn und den südlichen Teil bei den Pittanlagen bis zur Leine. Auch die Frage, wie man eine Entlastung der Mühlstraße schaffen kann, soll mit in Erwägung gezogen werden. Es soll eine neue Bauordnung geschaffen werden. In den ersten Kosten bewilligte die Versammlung 2000 Mark. Einem Antrage betreffend Vollmacht für den Magistrat zum Erwerb von unbebauten Grundstücken bis zu 15 000 Mark unter Zustimmung des zuständigen Ausschusses, gaben die Stadtverordneten ihre Zustimmung.

Wittenberg. Diebstähle. Bei dem Ackerbürger Kägler in der Friedrichstadt wurden vor einigen Tagen sämtliche Würste von zwei Schweinen aus dem Rauche gestohlen. Durch den Kreispolizeihund aus Piesteritz und die polizeilichen Nachforschungen wurde eine Spur nach hier aufgefunden, die zur Ergreifung des Diebes führen dürfte. — Reiche Beute haben die Diebe gemacht, die in dem Geschäft des Herrn C. G. Holzhausen, Kollegienstraße 90, einen Besuch abgestattet haben. Zu das Innere eingedrungen, haben sie zunächst die Ladenkassen erbrochen und daraus den Betrag von etwa 70 Mk. in Papiergeld entwendet. Mehrere Stapel Stoffe haben sie umgeworfen und sind dann nach der in der ersten Etage gelegenen Abteilung für fertige Herren-Bekleidung gegangen, von der sie unter den ersten Ueberziehern mehrere auswählten. In der Abteilung für seidene Damenkostüme haben sie nur das beste eingepackt. Sie scheinen das Geschäft wieder durch das Fenster verlassen zu haben. Bis jetzt ist von den Dieben, die für etwa 6000 Mk. erbeuteten, nicht die geringste Spur gefunden.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 25. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Poelkapelle und der Lys, bei Lens und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit am Mittag auf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

•

Neue Versenkungen. Berlin, 24. Januar. Sechs Dampfer und ein Wachtfahrzeug wurden letzthin von unseren Unterseebooten versenkt. Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Ostküste, wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem durch viele Zerstörer und Fischdampfer geschützten großen Geleitzug. (Amtlich.)

Amerikanische Kriegskosten. Der Voranschlag der amerikanischen Regierung für 1919 sieht Aufwendungen vor, wie sie bis jetzt noch nie zu verzeichnen waren. Die Gesamtsumme des Budgets erreicht eine Höhe von 18½ Milliarden Dollar [illegible] von für die Bedürfnisse des Krieges allein 11 Milliarden verwendet werden sollen. Früher überstiegen die Voranschläge nie die Summe von 2 Milliarden.

Verantwortlich für: Politik, Parteiwesen, Gewerkschaftsleben und Aller lei Plauderei: Feuilleton, Sport und Gerichtssaal und Aus der Provinz: Karl Vogt; Anzeigen: Wilhelm Herzog; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

70]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Friedrich blieb allein und wie verbiert in der Stube zurück. Er blickte auf den Tisch, der soeben noch voll Menschen gewesen war, dann auf das Messer in seiner Hand, dann auf das Bild des Gekreuzigten, zu dem er vorhin emporgedeutet und dem er nachzufolgen gelobt hatte. „War das eine Rechtfertige?" sagte eine Stimme in ihm. Er hatte gelobt, jede Schmähung zu dulden, die nur über ihn selbst ausgeschüttet würde, und dieser Arme hatte nicht einmal ihn, geschweige Christinen geschmäht. Wenn auch seine Tochter vielleicht Frucht gebracht hatte, die nur durch den Stoß des Messers abgeschnitten worden waren, wenn auch der herausfordernde, überlegene Ton, womit er ihm Entwaffnung geboten, sich, wie seine nachherigen Worte zu zeigen schienen, auf eine Gefälligkeit berufen wollte, die zwar eine Verpflichtung, aber keine Abhängigkeit begründet, wenn auch ein christliches Verzeihen ihm fremd und fern zu sein schien — was war das alles gegen einen Mörderweib? Stolz und Zorn — dies sagte ihm die innere Stimme mehr oder minder klar — hatten ihn in einem Augenblicke zu dem Gegenteil von dem gemacht, was er den Augenblick vorher zu sein sich vermessen hatte.

Indessen blieb ihm wenig Zeit, solchen Gedanken nachzuhängen. Der Lärm vor dem Hause wurde stärker, und die Anzahl der Stimmen mehrte sich. Er hörte den Knecht, dessen Bewegung allmählich in Bud übergegangen schien, aus den anderen Stimmen geradezu brüllen: „Er ist nicht bloß ein Mörder, er ist auch ein Dieb! Sein eigener Vater hat ihn in Dieb gebeißen!" — „Na," fuhr die gellende Stimme der Sonnenwirtin, „er hat seinem Vater Frucht stehlen und an jenen Mensch gehängt." — „Man muß seiner habhaft werden!" rief eine neue Stimme, an welcher er den Amtmann erkannte. — „Ja!" gellte die Stimme der Sonnenwirtin, „kriegen muß man ihn, und wenn man das Haus anzünden müßt!" — Bald konnte er auch durch die offen gebliebene Türe Tritte im Hausgang und auf dem unteren Treppenabsatz vernehmen. Die Verfolger kamen. Das Bewußtsein, daß er es mit aufgebrachten, wütenden Menschen zu tun habe, entflammte auch in ihm, der kaum zuvor einem Strahl der Wahrheit und Demut Raum gegeben hatte, von neuem die mörderische Wut, zu welcher sich nun ein unbestimmter Trieb, hervorstehenden Uebeln zu entgehen, gesellte. Er flog die obere Treppe hinauf auf den Boden, wo er sich rücklings auf einen Kasten legte, sein Messer in die knarrbenützende Bettlade steckte und in dieser Verfassung die Verfolger erwartete. „Er muß auf der Bühne sein!" rief's unten, und ein Schar drang heraus. Die vordersten waren der Amtsknecht, der Fleckenschütz und der Fischer; hinter ihnen drängte es sich auf der Treppe Kopf an Kopf. „Komm mir keiner zu nah!" rief der volle Bursche und griff nach dem Messer. Sie stutzten und wichen zurück. „Holet ein Gewehr!" rief einer. „Da ist schon eins!" antwortete es vom Fuß der Treppe. „Her da!" rief's oben, „man muß nach ihm schießen, bis ihm der Krattel vergeht!" Er fuhr von seinem Lager auf, stieß das Messer stecken und stürzte nach einem Dachladen, durch den er alsbald verschwand. Ein Geschrei von unten erscholl. „Er hat sich hinuntergestürzt!" schrie der Amtsknecht. Die einen warfen sich auf das Messer, um sich desselben zu bemächtigen, die anderen rannten nach dem Dachladen. Der Fischer war der erste, der daselbst ankam und den Kopf hinausstreckte. Er sah ihn aber alsbald zurück und rief: „Nein, er schiebt sich das Dach hinauf und hat mich mit einem Ziegel auf den Kopf schlagen wollen." „Das Dach aufgeboden!" schrien einige und machten Anstalt, am Spartenwerk hinaufzuklettern; da flog durch eine Lücke ein Ziegel herein, der zwar keinen traf, aber alle von dem vorgeschlagenen Unternehmen abschreckte. Fluchend und lärmend verließen sie den oberen Boden und gingen auf die Straße hinunter, von wo sie nun sehen konnten, wie das Sonnenwirts Frieder, den ganzen Flecken zum Schauspiel, auf dem Gebiete seines väterlichen Hauses ritt. Es war lächerlich und sämmtlich zugleich anzuschauen, obgleich er sich fest wie im Sattel eines Pferdes hielt, seine Verfolger höhnte und heraufzukommen einlud. Der ganze Platz um das Haus war voll Menschen, und aus den anstoßenden Gassen drängten sich immer neue Zuschauer herbei. „Was gibt's? was gibt's?" riefen die einen; — „'s ist 'e Kuh flüchig worden!" — „Nein, e' Stier!" schrien andere. — „Dem Sonnenwirt sitzt ein fremder Vogel auf'm Haus!" — „Schießet ihn vom Dache abe!" — „Holet ihn mit der Feuerspritz 'runter!" — so ging das Geschrei und Gelächter durcheinander. Ein Wagen, der auf der Straße herausfuhr, mußte Halt machen, weil ihn das Gedränge nicht durchließ. Bei den Pferden stand der alte Fuhrmann und blickte, traurig den Kopf schüttelnd, nach dem verwahrlosten Jüngling hinauf, den er hatte retten wollen. In seinen gefurchten Zügen malte sich eine trübselige Befriedigung; er nickte ein paarmal und sagte vor sich hin: „Hab' auch wieder einmal eine richtige Prophezung gehabt."

Der Sonnenwirt, der sich halbtot schämte, hatte sich mit dem verwundeten Knechte zu seinem Schwiegersohne, dem Chirurgen, zurückgezogen und schickte diesen, ob er dem schmählichen Auftritte nicht auf irgend eine Weise ein Ende machen könne. Der Chirurg, nachdem er die Wunde des Knechts untersucht und verbunden, drängte sich durch die Menge, wurde von dem Amtmann, der zaglos, was er befehlen sollte, in der Haustür der Sonne stand, herbeigewinkt und mit einem heimlichen Auftrage versehen, drängte sich wieder in die Straße durch und gab Zeichen nach dem Dache, um die Aufmerksamkeit seines jungen Schwagers auf sich zu ziehen. Friedrich, der ihn mit seinen Falkenaugen schon längst bemerkt und angerufen hatte, ohne in dem Tumult vernommen zu werden, schrie mit einer Stimme, die alle übertönte, „Still da drunten!" Ein geringes Gelächter der Menge antwortete ihm. Der Chirurg aber hat und beschwor die Umstehenden so lange, bis wenigstens in der Nähe der Lärm sich etwas legte und eine notdürftige Stille entstand. „Herr Schwager!" rief jetzt Friedrich herab, „was macht der Peter?"

„Er ist den Umständen nach ganz wohl!" antwortete der Chirurg durch die vorgehaltenen Hände, mit welchen er das etwas schwache Erzeugnis seiner Lunge zu verstärken suchte. „Die Wunde ist gar nicht gefährlich!"

„Gott sei Lob und Dank!" rief Friedrich und schlug die Hände erfreut zusammen.

„Gib doch acht! Sei nicht so frech!" schrien einige von denen, die ihm wohlwollten.

„Das hat kein' Not!" antwortete er und drehte sich wie der Blitz herum, so daß er, die Arme schnell wieder an das Dach anstemmend, nach der entgegengesetzten Seite gerichtet saß. Das vollbreite Kunststück, das er in der Freude seines Herzens machte, rief bei der Menge einen Schrei des Entsetzens hervor, welchem ein schallendes Gelächter folgte. „Grad' wie ein Aff' auf einem Kamel!" schrien sie.

„Schwager, geh Er herunter!" rief der Chirurg.

„Wenn mir der Herr Schwager sicheres Geleit' verspricht!" antwortete Friedrich, „sonst tut sich's ganz wohl da oben!"

„Ich gebe Ihm mein Ehrenwort, daß Ihm nichts zu leid geschieht!" rief der Chirurg hinauf

„Sein Ehrenwort?"

„Mein Ehrenwort!"

Er verließ seinen luftigen Sitz mit einem leichten Ruck, der unten von einem Schrei des Schreckens und zugleich der Bewunderung begleitet wurde. „Der sitzt vom Dachgrat ab wie ein Reiter von seinem Gaul!" schrie die Menge. Im nächsten Augenblick hatten sie Ursache, ihn mit einer Katze zu vergleichen, so leicht sah man den behenden Burschen auf Händen und Füßen am Dach herabrutschen, bis er den Laden wieder erreicht hatte, durch welchen er im Nu verschwand, noch einmal mit einem Fuß hinausgappelnd, gleichsam zu Ehren des versammelten Publikums, das hierüber in ein wiederholtes Gelächter ausbrach.

Nach wenigen Sekunden verriet eine Bewegung der in und vor der Hausture stehenden Leute, daß in dem verlassenen Hause sich etwas Lebendiges regte und die Treppe herunter kam. Der Amtmann flüchtete sich in den dichtesten Schwarm heraus. „Der Bursche hat heat' vermutlich schon gezeigt, was er für ein gefährlicher Kerl sein kann!" sagte er und versammelte alsbald eine Schar handfester Männer um sich, worunter der obere Müller nicht fehlte, der durch das Geschrei, daß des Sonnenwirts Knecht seinen Knecht gestochen habe, herbeigezogen worden war. Jetzt erschien der Held des Tages, von niemand um seinen Lorbeer beneidet, in der Haustüre. Ruhig, als ob er nicht begreifen könne, warum die Leute so zusammengelaufen, kam er heraus und suchte mit den Augen seinen Schwager, auf den er sodann zuging. Man ließ ihn vorbei. „Da bin ich," sagte er zu dem Chirurgen, „ein Mann ein Wort." — „Ich halte, was ich versprochen habe," entgegnete der Chirurg mit schlauem Lächeln. — „Du bist kein Mann, du bist ein Buß!" fuhr ihn der daheimbende Richter an, „dir braucht man nicht Wort zu halten!" — „Greift ihn!" befahl der Amtmann, und ehe der zuversichtliche Bursche sich's versah, befand er sich unter der Gewalt von mehr als zehn Fäusten. Er wehrte sich wie ein Eber, schimpfte, tobte, schlug um sich, aber zuletzt erlag er der Ueberzahl und wurde zu Boden geschlagen. An diesem Kampfe, der lange dauerte und an welchem keine Mühe-Tadler sich wetteifernd beteiligten, erhielt er jeden höjen Gruß, der er in Worten oder Werten unter seinen Mitbürgern ausgeteilt hatte, mit Wucherzinsen heimgezahlt. Zuletzt banden sie ihn mit Stricken, so daß er ganz zusammengerollt am Boden lag und ihnen zu den vielen Tierbildern, die sie heute schon an ihm erschöpft hatten, auch noch die Vergleichung mit dem verschleierten Igel aus die Zunge legte. — „Etwas hat ihm gehört," sagte der gleichfalls anwesende Heilkunstpfleger, der sich als Zahlmeister auf volle Stunden verstand, „jetzt wär's aber genug." — „Kuhl Kuhl Jetzt geht's erst recht an," erwiderte der Richter lachend seinen Kollegen, den er, im Range etwas höher stehend, dieser vertraulichen Anrede würdigte. — „Fort mit ihm aufs Rathaus!" rief der Amtmann. — Der Gebundene wurde aufgehoben und fortgetragen. Ein Teil der Menge folgte. Andere blieben zurück und redeten noch lange miteinander über die Begebenheit, welche die alltägliche Ruhe des Fleckens völlig unterbrochen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0003

Holzarbeiter-Verband Halle.

Sonntag, den 27. Januar cr., nachmittags pünktlich 3 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1917.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Bericht und Neuwahl der Kartelldelegierten.
4. Die Kranken-Versicherung nach der jüngsten Bundesrats-Verordnung.
5. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die sehr wichtige und reichhaltige Tagesordnung erfordert das vollzählige und pünktliche Erscheinen aller Kollegen u. Kolleginnen.

3659 **Die Ortsverwaltung.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Seefischverkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische (Kabliau) wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Sonnabend früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt.

Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich kalkulier angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsscheine Nr. 12, Abschnitt Nr. 124. Zugelassen sind die Nummern der Lebensmittelscheine 14001—17500 und 45501—52500. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Korbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juni 1916 den Buchstaben S (Seefische), das entnommene Gewicht und das Datum unter Buchstab C des Lebensmittelscheines mit Tinte oder Tintenstift einzutragen und die Abschnitte Nr. 124 der Warenbezugscheine 12 abzutrennen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 25. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 26. ds. Mts. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nr. 8801—8900, um 9 Uhr Nr. 8901—9000, um 10 Uhr 9001—9100, um 11 Uhr Nr. 9101—9200, um 12 Uhr Nr. 9201—9300, um 1½ Uhr 9301 bis 9400.

Halle, den 24. Januar 1918. Der Magistrat.

Zusatzbrotmarken für Schwerarbeiter.

Da nur eine beschränkte Mehlmenge zur Ausgabe von Zusatzbrotmarken an Schwerarbeiter zur Verfügung steht und weitere [illegible] Zusatzbrotmarken [illegible] Anträgen auf Bewilligung von Zusatzbrotmarken entsprochen werden muß, kann künftig nur noch solchen Anträgen auf Gewährung von Zusatzbrotmarken stattgegeben werden, denen gleichzeitig eine Bescheinigung der Arbeitgeber darüber beigefügt ist, ob und welche Arbeitnehmer in den betreffenden Betrieben ausgeschieden sind.

Verdrucke zu Anzeigen über Kürzung von Zusatzbrotmarken sind in den städtischen Markenausgabestellen erhältlich. Die Anzeigen sind an den Magistrat — Kriegsbrotausschuß — neben den dem Stadternährungsamt einzureichenden Veränderungsanzeigen einzusenden. Die Unterlassung der erwähnten Anzeigen ist auf Grund des § 6 unserer Verordnung vom 15. August 1917 strafbar.

Halle, den 21. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Montag, den 28., Dienstag, den 29., und Mittwoch, den 30. Januar 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 25. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Milchkarten-Ausgabe!

1. Vom Montag, dem 28. Januar, bis einschließlich Sonnabend, dem 2. Februar 1918, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken die neuen vom 4. Februar ab gültigen Milchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren, stillende Mütter und schwangere Frauen ausgegeben. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

1. a) Der Lebensmittelschein des Haushaltes, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm der alten Milchkarte.

2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu 6 Jahren: einen Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde); b) eine stillende Mutter: eine Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt oder einen Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden; c) eine Schwangere: eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht.

Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die nunmehr eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge.

2. Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Atteste ausgefertigten Milchkarten sowie derjenigen für alte Leute über 75 Jahre erfolgt im Grundstück Marktplatz 22 (früher Hotel Goldener Ring), 1. Etage, Saal links, nach folgender Ordnung: An Personen, deren Familiennamen beginnt mit den Buchstaben: A—E am Montag, dem 28. Januar 1918, F—G am Dienstag, dem 29. Januar 1918, H—L am Mittwoch, dem 30. Januar 1918, M—R am Donnerstag, dem 31. Januar 1918, S—T am Freitag, dem 1. Februar 1918, U—Z am Sonnabend, dem 2. Februar 1918.

Bei der Erneuerung ist der Lebensmittelschein und der Stamm der alten Milchkarte vorzulegen. Eine Erneuerung der Karten findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Attestes inzwischen abgelaufen ist. Milchkarten auf Grund der an den letzten Tagen überreichten Atteste werden nicht in den vorgenannten Stellen ausgehändigt, vielmehr ergeht wegen Abholung besondere Benachrichtigung.

Für Kinder vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre werden in der Woche vom 4.—9. Februar Einkaufsscheine für Magermilch und Quark ausgegeben. Gelegenheitsmilchkarten gelangen nicht mehr zur Ausgabe.

Halle, den 25. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Wir empfehlen unsere grossen Vorräte in geschmackvollen modernen Kleidungsstücken.

Farbige
Herren- und Jünglings-Anzüge
75.00 Mark und höher
Herren- und Jünglings-Paletots
68.00 Mark und höher
Sport-Paletots für Herren und Jünglinge
82.00 Mark und höher.

3658 **Konfirmanden-** und **Prüfungs-Anzüge**
blau, schwarz, schwarzmeliert und farbig, in guten Stoffen.

Wir empfehlen rechtzeitigen Einkauf, solange noch grosse Vorräte vorhanden sind.

Gummi-, Loden-, Wetter-Mäntel und Pelerinen
für Herren und Knaben in grosser Auswahl.

S. Weiss, Leipzigerstrasse 105/6 am Markt.

Schulranzen, Rucksäcke, noch in guten Stoffen, **Marktta**[illegible] noch in guten Wachstuch mit Ledergriffen. **Max Löschke,** Alter Markt 3.

Schnell-Schönschreiben von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehrer zu erlernen.** Preis 80 Pfg. **Volksbuchhandlung Halle**

Korsette für Damen und Kinder in allen Weiten, 3660 **Strümpfe** in Wolle, Baumwolle u. Seide für Damen, Herren u. Kinder in allen Preislagen im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstr. 87.

Piano kauft 3509 A. Max, Torstraße 49.

Kleiderschränke, Vertikos, echt Nußbaum u. gestrichen, Plüsch- u. Stoffsofas, Trumeaus, Spiegel mit Schränkchen, Bettstellen m. Matratzen, Waschtischem. Marmorplatten, einf. Küchen-Einrichtungen, 3671 verkauft **Friedrich Peilele,** Geiststraße 25.

Lohnbuch für Steuerzwecke, zum Gebrauch für **preußische Steuerzahler.** Preis 30 Pfg. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Vereins-Anzeiger zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender **Veranstaltungen** der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk. Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor. Freitag, den 25. Januar pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte" Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden. Sonnabend den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Generalversammlung. Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 27. Jan.: Tagestour nach Seeburg. Abmarsch: 7 Uhr vom Hettstedter Bahnhof.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Donnerstag, den 31. Januar 1918, vormittags 10 Uhr, sollen auf der Peißnitz und Ziegelwiese Nutz- und Brennholz, hauptsächlich Eichen, Birken, Eichen, Pappeln, sowie einige Buschhaufen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Treffpunkt: Am Peißnitz-Restaurant.

Halle, den 24. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der grünen Kohlenkarten.

In der Woche vom 28. Januar bis 2. Februar d. J. darf an die Kohlenmarken Nr 37 und 38 zusammen ein Zentner Briketts abgegeben werden. Bei geringem Kohlenvorrat ist die Abgabe von zunächst nur ½ Zentner auf eine der beiden Nummern zulässig. Die Nummern 35 und 36 verlieren mit dem 27. d. M. ihre Gültigkeit. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 28. April und 26. November 1917. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark.)

Halle, den 25. Januar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Volkshaus Jessnitz.

Sonntag, 27. Januar 1918, abends 7½ Uhr:
Gr. Anhalt. Künstler-Quartett,
4 Herren — 3 Damen.
Direktion: Heinrich Burkhardt.
Künstler-Programm.
U. a.:
Quartette, Herren- und Damen-Duette aus neuesten Opern, humoristische Gesangs-Vorträge.
Zum Schluß das reizende Singspiel:
„Es muß eine Frau ins Haus!"
1. Platz 100 Pfg., 2. Platz 80 Pfg., 3. u. Stehplatz 60 Pfg. 1. und 2. Platz nummeriert. *1946
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Die Verwaltung.**

Pianino, sehr gut im Ton, verkauft 3672 Möbelhandlung Geiststr. 25.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Jeder Band 1,50 Mark
Der Ausweg — Das Land der Zukunft — Verschrobenes Volk — Der Drinkpfennigeier — In den Tod getrieben — Der Pariser Garten — Mutter — Der Morgen graut — 1000 Mark Belohnung — Vom Weissenhaus zur Fabrik — Die Marketenderin — Kriegsfahrten — Kriegsberichte — Herzen im Kriege — Als Zwischendeckfreiwillig nach Südamerika
Jeder Band 2,— Mark
Erwacht — Der Gottesälfterer — Die Heiteretei — Verbrecherschicksalen
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. d. S., Harz 42-44.

Berufs-Kleidung aus guten Stoffen zu billigen Preisen. **Alex Michel,** Marktplatz 18.

Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagwörter verdeutscht und erläutert von Adolf Braun. Preis 30 Pf. Ein Taschenbuch, das jeder Zeitungsleser mit sich tragen soll. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle, Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

O Schicksal, wie bist du hart.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir am 1. Januar die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, seiner 3 lieben Kinder treusorgender Vater, der **Landsturmmann**

Willi Knoche,

im Alter von 43 Jahren infolge eines Kopfschusses, kurz vor seinem Urlaub, ein Opfer dieses grausamen Weltkrieges geworden ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Frau Witwe Marie Knoche, geb. Bodenburg, und Kinder, nebst allen Angehörigen.

Halle a. S., Thomasiusstraße 35, den 24. Januar 1918. 3661

Sozialdem. Verein für Halle u. Umgegend (gegründet am 19. 4. 1889). U. S. P.

Nachruf.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Genosse **Karl Möller** aus Nietleben, nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. 3670

Wir werden sein Andenken hoch in Ehren halten.

Der Vorstand.

Dank.

Für die Teilnahme beim Begräbnis unserer Tochter **Anna Geiling** sagen wir allen unseren besten Dank, besonders den Arbeitern u. Arbeiterinnen der Gruppe 4 und 5 des Güterbahnhofes.

Familie Geiling, Halle, Saalberg 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Januar 1918.

Ueber den Umsteigeverkehr bei der Straßenbahn

scheinen beim Publikum noch vielfach Unklarheiten zu bestehen. Der Magistrat hält es daher für zweckmäßig, die getroffene Neuregelung des Umsteigeverkehrs bei den städtischen Straßenbahnen nochmals zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die an sich erstrebenswerte unbeschränkte Umsteigeberechtigung von einer Bahn in die andere ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durchführbar. Wo bereits direkte Verbindungen, wenn auch auf Umwegen, bestehen, sind Umsteigeberechtigungen nicht zugelassen. Ferner sind die Umsteigeberechtigungen nach der Gr. Ulrichstraße vorläufig auf das notwendigste beschränkt, um den Verkehr in dieser Straße, der eine weitere Steigerung nicht verträgt, nicht zu überlasten. Bei den zugelassenen Umsteigeberechtigungen ist im allgemeinen darauf Bedacht genommen, daß die drei Hauptverkehrspunkte der inneren Stadt: Leipziger Turm, Marktplatz und Alte Promenade (Ecke Ulrichstraße), von allen Stadtgegenden aus erreichbar sind. Zugelassen sind unter diesen Gesichtspunkten folgende Umsteigemöglichkeiten (selbstverständlich überall auch in umgekehrter Richtung) mit den nachstehenden Fahrpreisen:

A. Umsteigestelle Riebeckplatz. Linien 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 9. Markt—Artilleriekaserne von 7 und 9 in 4, 10 Pfg.; Markt—Schlachthof von 7 und 9 in 2, 10 Pfg.; Leipziger Turm—Zoologischer Garten von 7, 8 und 9 in 5 (bis Walhalla auch 4) 10 Pfg.; Kröllwitz—Artilleriekaserne von 5 in 4, 15 Pfg.; Kröllwitz—Thüringer Straße von 8 in 4, 10 Pfg.; Volkspark—Artilleriekaserne von 8 in 4, 10 Pfg.; Hauptbahnhof—Artilleriekaserne von 5, 6, 7 und 8 in 4, 10 Pfg.; Kröllwitz—Schlachthof von 8 in 2, 15 Pfg.; Kröllwitz—Freimfelderstraße von 8 in 2, 10 Pfg.; Volkspark—Schlachthof von 8 in 2, 10 Pfg.; Kröllwitz—Völlbergerweg von 8 in 3, 15 Pfg.; Kröllwitz—Lindenstraße (Hofjäger) von 8 in 3, 10 Pfg.; Volkspark—Völlbergerweg von 8 in 6, 10 Pfg.; Saalschloßbrauerei—Freimfelderstraße von 7 in 2, 10 Pfg.; Stadtgrenze—Zoologischer Garten von 9 in 5, 10 Pfg.; Stadtgrenze—Artilleriekaserne von 9 in 4, 10 Pfg.; Stadtgrenze—Völlbergerweg von 9 in 6, 10 Pfg.; Stadtgrenze—Hettstedter Bahnhof von 9 in 2, 10 Pfg.

B. Umsteigestelle Marktplatz. Linien 1, 4, 7 und 9. Alte Promenade—Hettstedter Bahnhof von 7 in 4, 10 Pfg.; Stadtgrenze—Bahnhof Trotha von 9 in 1, 15 Pfg.; Stadtgrenze—Infanteriekaserne von 9 in 1, 10 Pfg.

C. Umsteigestelle Hauptpost, Linien 1, 4 und 8. Kröllwitz—Rannischer Platz von 8 in 1, 10 Pfg.; Kröllwitz—Hettstedter Bahnhof von 8 in 4, 10 Pfg.; Kröllwitz—Leipzigerstraße von 8 in 1, 10 Pfg.; Kröllwitz—Wasserturm von 8 in 4, 10 Pfg.; Leipziger Turm—Trotbacher Bahnhof von 8 in 1, 15 Pfg.; Leipziger Turm—Zoologischer Garten von 8 in 1 (bis Walhalla auch 4), 10 Pfg.

D. Umsteigestelle Eke Reil- und Ludwig-Wucherer-Straße. Saalschloßbrauerei—Magdeburger Straße (Wasserturm) von 7 in 5 und 1, 10 Pfg.; Alte Promenade—Bahnhof Trotha von 7 in 1 (bis Zoologischer Garten auch 5), 10 Pfg.

Die bereits innerhalb des Stadtbahn- und des Straßenbahnnetzes bestehenden Umsteigeberechtigungen sind bestehen geblieben. Grundsätzlich darf jedoch nur einmal umgestiegen werden. Bei der Stadtbahn sind infolge der neuen Linienführung folgende Aenderungen der bisherigen Umsteigemöglichkeiten mit den angegebenen Tarifen hinzugetreten:

A. Umsteigestelle Walhalla. Bahnhof Trotha—Hauptbahnhof von 1 in 5 (bis direkt), 15 Pfg.; Kaffeegarten—[illegible] 5, 10 Pfg.; [illegible] Bahnhof 4 [illegible] Wasserturm von 1 in 5, 10 Pfg.; Bahnhof Trotha—Hettstedter Bahnhof, nicht mehr von 5 in 4, sondern von 1 in 4, 15 Pfg.; Zoologischer Garten—Hettstedter Bahnhof von 1 und 5 in 4 (bisher direkt), 10 Pfg.; Bahnhof Trotha—Artilleriekaserne, nicht mehr von 5 in 1, sondern von 1 in 4 (Teilstrecken entsprechend den bisherigen), 15 Pfg.

B. Umsteigestelle Franckeplatz. Bahnhof Trotha—Schlachthof von 1 in 2, 15 Pfg.; Infanteriekaserne—Schlachthof von 1 in 2, 10 Pfg.

C. Umsteigestelle Rannischer Platz. Bahnhof Trotha—Völlberger Weg von 1 in 6, 15 Pfg.; Infanteriekaserne—Völlberger Weg von 1 in 6, 10 Pfg.; Bahnhof Trotha—Hofjäger von 1 in 6, 15 Pfg.; Infanteriekaserne—Hofjäger von 1 in 6, 10 Pfg. Dagegen ist ein Umsteigen am Walhalla für Fahrten von Bahnhof Trotha nach dem Stadtinnern (Markt, Rannischer Platz) nicht mehr nötig, weil dahin direkte Verbindung besteht. Da nur ein einmaliges Umsteigen zugelassen ist, führt die Verbindung zwischen Hettstedter Bahnhof—Völlberger Weg über den Riebeckplatz als Umsteigestelle. Durch die Einführung des Umsteigeverkehrs zwischen den beiden Straßenbahnen wird die Vereinheitlichung der Vergünstigungstarife beider Bahnen erforderlich. Neue einheitliche Gutscheinhefte sind bereits vor längerer Zeit in Auftrag gegeben. Da diese jedoch noch nicht eingetroffen sind, wurden bis auf weiteres folgende vorläufigen Maßnahmen getroffen:

An Gutscheinheften für Erwachsene sind vorläufig, und zwar zur Benutzung auf beiden Bahnen, nur die schon zurzeit bei der Stadtbahn gültigen grünen Gutscheinhefte mit 120 Abschnitten zu 5,10 Mk. zu haben. Die einzelnen Abschnitte haben einen Wert von 5 Pfg. Die bisherigen gelben Abrißhefte der Straßenbahn für Erwachsene mit 24 Abrißheften zu 2,05 Mk. werden nur noch bis 31. Januar in Zahlung genommen. Für die Abrisse aus diesen Heften ist kein 15-Pfg.-Fahrschein erhältlich.

Die Arbeiterkarten der Stadtbahn werden beibehalten. Die Kindermarken auf der Stadtbahn und die roten Abrißhefte für Kinder auf der Straßenbahn sind mangels Lieferung der neuen Hefte ebenfalls vorläufig beibehalten worden. Letztere, mit denen auch Erwachsene bisher Frühfahrten auf der roten Straßenbahn unternehmen konnten, sind ebenfalls vorläufig für diese Bahn in Gültigkeit geblieben. Damit aus den Heften 10- und 15-Pf.-Fahrten bezahlt werden können, sind sie jetzt in der Mitte senkrecht geteilt (perforiert). Jede Hälfte wird mit 5 Pf. in Zahlung genommen. Bei 10-Pf.-Strecken sind daher zwei, bei 15-Pf.-Strecken drei Abschnittshälften abzugeben. Die mit solchen Abrißheften für Frühfahrten auf der Straßenbahn ausgelösten Fahrscheine berechtigen zwar zum Umsteigen nach der Stadtbahn; ebenso die Arbeiterkarten der Stadtbahn zum Umsteigen nach der Straßenbahn, soweit die Umsteigemöglichkeiten zugelassen sind (siehe oben!). Dagegen ist der Fahrtantritt auf der Straßenbahn mit einer Arbeiterkarte der Stadtbahn nicht zulässig, ebenso nicht die Lösung eines Fahrscheines auf der Stadtbahn mit Abrissen aus den Frühfahrtheften der Straßenbahn.

Sämtliche Hefte werden jetzt durch besondere Verkaufsstellen verkauft, und zwar: Zigarrengeschäft Max Thümmel, Ecke Riebeckplatz-Delitzscher Straße, Zigarrengeschäft Paul Grimm, Ecke Reil- und Bernburger Straße, Zigarrengeschäft Artur Kopsch, Rannischer Platz, Zigarrengeschäft J. F. G. Kitzing, Schmeerstraße (Ecke Marktplatz), Filiale der Hallischen Allgemeinen Zeitung, Gr. Ulrichstraße (Ecke Schulstraße), Zigarrengeschäft Köhler, Pöpsch. Geistfräse (Ecke Bismarckstraße) und Ludwig-Wucherer-Straße (Ecke Bismarckstraße), Kolonialwarengeschäft A. Reichardt jun., Burgstr. 60, Friseur Martin Schesny, Merseburger Straße 53 (Loefts Hof). Die Arbeiterkarten der Stadtbahn werden wie bisher an der Kasse Berliner Straße 1 ausgegeben. — Zur Bekämpfung der mehr und mehr um sich greifenden Fahrgeldhinterziehung wird der zehnfache Fahrpreis für jede festgestellte Hinterziehung als Strafe eingezogen. Das Strafverfahren wird vorbehaltlich der gerichtlichen Strafverfolgung von den mit Bahnpolizeibefugnissen ausgestatteten Verkehrsaufsehern — Oberführern, Kontrolleuren — gegen Aushändigung von 10 entwerteten Fahrscheinen, die dem Bestande des Schaffners entnommen werden, an Ort und Stelle erhoben. — Wegen Festsetzung neuer Höchstbeförderungszahlen, die den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt sind, schweben noch Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen.

Die ersten Renten der Angestelltenversicherung.

Nach den Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte werden Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten gewährt. Der Anspruch auf diese Leistungen tritt im allgemeinen erst nach einer Wartezeit von 120 Beitragsmonaten ein. Eine Ausnahme sieht das Gesetz nur beim Ruhegehalt für die weiblichen Versicherten vor, die schon nach einer Wartezeit von 60 Beitragsmonaten Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen erheben können. Sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet, so beträgt die Wartezeit bei weiblichen Versicherten 90 Beitragsmonate, im übrigen 150 Beitragsmonate.

Für die Uebergangszeit, d. h. für die erste Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes hat der Gesetzgeber Erleichterungen hinsichtlich der Erfüllung der Wartezeit vorgesehen. Im § 396 ist bestimmt, daß in den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Erfüllung der Wartezeit für die Hinterbliebenenrenten der Nachweis von 60 Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspflicht genügen.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist am 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Es waren also am 31. Dezember 1917 die ersten 5 Jahre verstrichen, und wenn ein weiblicher Versicherter seit dem Inkrafttreten des Gesetzes versicherungspflichtig war und alle Beiträge entrichtet hat, besteht seit dem 1. Januar 1918 Anspruch auf Ruhegehalt, wenn die Versicherte das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat oder wenn sie durch körperliche Gebrechen oder wegen Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte zur Ausübung ihres Berufes dauernd unfähig ist. Berufsunfähigkeit wird dann angenommen, wenn die Arbeitsfähigkeit auf mehr als die Hälfte herabgesunken ist. Bei nicht dauernd berufsunfähigen Versicherten wird nach 26wöchiger ununterbrochener Krankheit das Krankenruhegeld gewährt.

Bei allen Versicherten, die bis jetzt 60 Beitragsmonate als Pflichtversicherung nachweisen können, wird nach dem Ableben des Versicherten den Hinterbliebenen die gesetzliche Rente gewährt. Die Witwen- oder Witwerrente wird nach einem Ruhegeld berechnet, das ein Viertel des Wertes der in den ersten 60 Beitragsmonaten entrichteten Beiträge beträgt. Die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegeldes, die Waisenrente für einfache Waise ein Fünftel der Witwenrente und für Doppelwaise ein Drittel der Witwenrente.

Im Gesetz sind neun Beitragsklassen vorgesehen. In der niedrigsten Beitragsklasse — Einkommen bis 550 Mk. jährlich — berechnet sich der Jahresbeitrag auf 19,20 Mk., in der höchsten Beitragsklasse — Jahreseinkommen zwischen 4000 Mk. und 5000 Mk. — ist ein Jahresbeitrag von 319,20 Mk. vorgesehen. Wenn in der niedrigsten Beitragsklasse 60 Beitragsmonate nachgewiesen sind, berechnet sich das Viertel des Beitragswertes der fünf Jahre auf 24 Mk. Dieser Betrag würde das Ruhegehalt bilden. Die Witwenrente wäre zwei Fünftel davon, ist jährlich 9,60 Mk., während die Renten für jede einzelne Waise jährlich 4,80 Mk. und für die Doppelwaise jährlich 3,20 Mk. betragen würden. In der höchsten Beitragsklasse berechnet sich das Ruhegeld auf jährlich 399 Mk., die Witwenrente auf 159,60 Mk., die einfache Waisenrente auf 31,92 Mk. und die Rente für Doppelwaise auf 52,20 Mk. jährlich. In der mittleren Beitragsklasse — Einkommen zwischen 1500 Mk. bis 2000 Mk. — beträgt das Ruhegeld 144 Mk., die Witwenrente 57,60 Mk., die einfache Waisenrente 11,52 Mk. und die Doppelwaisenrente 19,20 Mk. jährlich.

In der höchsten Beitragsklasse würde die Rente für eine Witwe mit zwei Kindern zusammen jährlich 222,84 Mk. oder 18,60 Mk. monatlich betragen. In der niedrigsten Klasse jährlich 13,44 Mk. oder monatlich 1,12 Mk. Die Renten, selbst in der höchsten Beitragsklasse, sind so niedrig, daß sie die Bezeichnung Rente kaum verdienen.

Die Zeiten der militärischen Dienstleistung werden ebenfalls als Beitragsmonate gerechnet. War der Versicherte bei der Invalidenversicherung ebenfalls versichert, so können die Renten der Invalidenversicherung neben denen der Angestelltenversicherung unverkürzt nebeneinander bezogen werden.

Durch jeden weiteren Beitragsmonat erhöhen sich die Bezüge für die gesetzlichen Leistungen. Die oben angeführten Sätze werden jetzt, d. h. nach Zurücklegung der ersten 60 Beitragsmonaten, gewährt.

Schwedische Dauerwurst aus — Holsteer und Pferdefleisch.

Daß auch eine Kriegswirtschaftsstelle zweifelhafte Geschäfte abschließt, zeigte eine Gerichtsverhandlung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin. Gleichzeitig bekam man einen Einblick in die Herstellung ausländischer Wurstwaren. Die Kriegswirtschaftsstelle zu Teltow besaß einen Posten Wurst, der kurz vor dem Verderben stand. Deshalb wurde die Ware schnell an den Kaufmann Löffler losgeschlagen und zwar zum Preise von 2,80 Mk. für das Pfund. Es handelte sich um 185 Zentner sogenannter „Schwedischer Dauerwurst", die für 51 000 Mk. verkauft wurde, und die laut Attest aus Rennticr- und Schweinefleisch bestehen sollte. Wie aber Professor Beier, der die Wurst untersucht hatte, in der Verhandlung angab, besaß die Wurst einen starken Geruch nach Holsteer und wies einen Gehalt an Pferdefleisch auf, so daß sie verfälscht und verdorben war. Nach dem Gutachten des Polizeitierarztes Dormeyer war die Wurst bereits in Fäulnis übergegangen. Wie dieser Sachverständige erklärte, enthalte jede zweite ausländische Wurst, ob sie aus Holland, Schweden oder Dänemark komme, Pferdefleisch. Der Kaufmann Löffler wurde zu 12 000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Und die Kriegswirtschaftsstelle? Gehen ihre verantwortlichen Stellen völlig straffrei aus?

---

* **Butter muß ohne Verpackung gewogen werden!** Seit der Herabsetzung der wöchentlichen Speisefettmenge auf 70 Gramm, wovon nur 30 Gramm auf Butter entfallen, ist jeder Haushalt noch weit mehr als bisher darauf angewiesen, jedes Gramm Butter und Margarine auszunutzen. Um so unangenehmer macht sich die noch immer geübte, aber verbotswidrige Gepflogenheit des Butter-Kleinhändels fühlbar, die geringen Speisefettmengen mit Papier, und oft recht dickem, starkem Papier zu verwiegen. Wiederholte Feststellungen haben ergeben, daß von den 70 Gramm Speisefett 5 bis 10 Gramm allein auf das Papier entfallen. Das braucht sich die kaufende Bevölkerung nicht gefallen zu lassen. Dem Kleinhandel wird von den staatlichen und kommunalen Verteilungsstellen das Speisefett unter Berücksichtigung von Schwund und Einwiegen zugeteilt. Wenn die Kleinhändler sich weigern sollten, Speisefett in mitgebrachte Gefäße zu verwiegen oder wenn sie gar Mindergewicht geben, so empfiehlt es sich dringend, die zulässige Gemeindeverwaltung anzurufen.

* **Ersatzleistung für gewöhnliche Pakete.** Zur weiteren Vereinfachung und Beschleunigung des Ersatzverfahrens für gewöhnliche Pakete aus dem Reichspostgebiet nach Orten des Deutschen Reiches (einschließlich Bayern und Württemberg) wird die Grenze, bis zu der die Postämter zur selbständigen Erledigung der Ersatzfälle befugt sind, von jetzt an von 15 auf 30 Mark erhöht. Die Bestimmung, die Entscheidung über die Ersatzfrage möglichst zu beschleunigen und gegebenenfalls ungesäumt Zahlung zu leisten, ist von den Postämtern sorgfältig zu beachten.

* **Der Holzarbeiterverband,** Zahlstelle Halle, hält am nächsten Sonntag, nachmittags 2 Uhr, seine Generalversammlung im Volkspark ab. Die wichtige und reichhaltige Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder. — Man beachte die Anzeige in der heutigen Nummer.

* **Gasapparate** werden zurzeit wieder von einigen Berliner Firmen angepriesen. Die Firmen führen meist hochtönende Gesellschaftsnamen, sind aber in Wirklichkeit nicht ins Handelsregister eingetragen und besitzen nur eine ganz unbedeutende Geschäftsausdehnung. Den Apparaten, die sie anpreisen, kommen die zugesicherten Eigenschaften nicht zu. Aparate, die geeignet wären, den Gaskonsum noch mehr herabzumindern, als dies die modernen Gaskocher und Gasbrennerkonstruktionen an und für sich schon tun, gibt es leider noch nicht. Wenn also Reisende und Hausierer sogenannte Gassparer anbieten, so ist größte Vorsicht geboten. Vor allem lasse man sich auch nicht durch die angebotene dreimonatliche Probezeit betören. Denn selbst wenn man die Apparate später nicht behalten will, ist eine Montage- oder Benutzungsgebühr zu zahlen. Stets ist man, wenn man auf das Angebot eingegangen ist, der Hereingelegene. Geschädigte wollen ihre Beschwerden der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck oder der städtischen Rechtsauskunftsstelle in Halle, Schmeerstraße 1, unter Beifügung des vorhandenen Beweismaterials unterbreiten, damit diese Stellen die erforderlichen Gegenmaßnahmen einleiten können.

* **Im Stadttheater wird heute,** Freitag, das Schauspiel Nathan der Weise gegeben. Sonnabend nachmittag 3½ Uhr gelangt das Weihnachtsmärchen Aschenbrödel zur Aufführung, abends Die versunkene Glocke. Am Sonntag nachmittag geht als Volksvorstellung Prinz Friedrich von Homburg in Szene, abends 7½ Uhr wird die Oper Die toten Augen wiederholt. Der Verkauf für die Montagvorstellung Das Dreimädelhaus beginnt Sonnabend, vormittags 10 Uhr. Für Dienstag wird das Lustspiel Jugendfreunde von Fulda vorbereitet. Mittwoch, den 30., Gluck's Oper Iphigenie auf Tauris, unter persönlicher Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß. Der Kartenverkauf zu dieser Vorstellung hat bereits begonnen.

* **Die Volksvorstellung** am nächsten Sonntag im Stadttheater beginnt ausnahmsweise schon um 3 Uhr nachmittags, worauf ausdrücklich aufmerksam gemacht sei.

* **In den U-T-Lichtspielen an der Alten Promenade** (Astoria) wird am Sonnabend, Sonntag und Montag Dornröschen als Märchen für groß und klein gezeigt. Rudolf Kresber erzählt in reichen, gutverständlichen Versen das Märchen und Paul Leni hat die Bilder gestellt. Aber hier handelt es sich wirklich um eine lebendig gewordene Kostümschau. In der Entwicklung des Inhalts wechseln geschickt Ernst und Humor, unterstützt von einer sehr guten Darstellung. Karten im Vorverkauf sind täglich vormittags von 10—12 Uhr an der Theaterkasse zu haben.

* **Ein lebensmüdes Liebespaar.** Ein Monteur und ein 17jähriges Mädchen, beide auswärts wohnhaft, versuchten sich in einem hiesigen Gasthause zu vergiften. Beide wurden der kgl. Klinik zugeführt. Lebensgefahr besteht [illegible]

Könner [illegible] ein [illegible]

Anzeiger schreibt: Die Schauspieler des Berliner Gastspiel-Ensembles sind gestern nicht eingetroffen. Das ziemlich zahlreich im Ring erschienene Publikum mußte unverrichteter Sache wieder umkehren. Die Theatergesellschaft hat bisher nichts von sich hören lassen — trotz Telegraph und Telephon.

Aus der Provinz.

Jena. Das Hochwasser beschäftigte den Gemeinderat in einer Sondersitzung. Er faßte nach dreistündiger Beratung den Beschluß, durch Errichtung eines Schutzdammes in der Unterane und durch Verbreiterung des Saalebettes am Wiesensteg den Hochwasserschutz zu verstärken. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, mit der Großherzoglichen Regierung wegen Beteiligung an den Kosten einer durchgreifenden Saaleregulierung in Verbindung zu treten.

— **Vom elektrischen Strom getötet.** Der bei der Thür. Elektrizitätsversicherungs-Gesellschaft in Jena beschäftigte, unverheiratete Elektromonteur Paul Siengel aus Kahla kam bei Ausbesserungsarbeiten mit der Hochspannungsleitung in Berührung, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Allerlei.

Die neuen türkischen Ehegesetze.

Bis vor kurzem konnte man in der Türkei nur die kirchliche Eheschließung, der nicht nur die Mohammedaner, sondern auch die nichtmohammedanischen türkischen Staatsangehörigen, diese natürlich vor einem Priester ihrer eigenen Religion, unterstanden. Nunmehr hat die Türkei, wie andere Kulturstaaten, die Zivilehe eingeführt, die der kirchlichen Trauung vorausgehen muß. Die Ehelehre ist bei dieser Reform, weil auf religiöser Basis beruhend, erhalten geblieben. Doch hat die Frau jetzt das Recht, beim Eingehen einer Ehe die Bedingung aufzustellen, daß sie die einzige Frau bleibt, ein Recht, von dem voraussichtlich ein sehr weitgehender Gebrauch gemacht werden wird. Ausländer müssen sich nach wie vor von ihrem Konsul trauen lassen, haben aber die Verpflichtung, der türkischen Landesbehörde von der abgeschlossenen Ehe Mitteilung zu machen.

Die Ehescheidung erfolgte seither auf bloßen Wunsch des Mannes nach bestimmten Formeln. In Zukunft wird sich der Mann dem Nachweis eines die Scheidung rechtfertigenden Grundes fügen müssen. Ein besonderes Ehegericht hat über die Angelegenheit zu befinden und muß, falls eine Einigung nicht erzielt wird, die Sache einer höheren Instanz übergeben.

Die Ehereform so zu gestalten, daß die Frau völlig gleichberechtigt wäre, ist besonders in der Türkei sehr schwer.

Eine Kino-Statistik.

Eine Statistik über den Stand des Lichtbildtheaterwesens in Deutschland veröffentlicht die Lichtbildbühne. Zurzeit sind in Deutschland 2281 Lichtbildtheater vorhanden. Die meisten entfallen auf das Königreich Sachsen mit 276, dann folgt Groß-Berlin mit 238 Theatern, Bayern mit 198, die Rheinprovinz mit 197, Westfalen mit 188, die Provinz Sachsen mit 145, Schlesien mit 136, Brandenburg mit 108, Schleswig-Holstein mit 87, die Hansestädte mit 84, Württemberg mit 64, Pommern mit 62, Hessen-Nassau mit 60, Baden mit 58 Kinos. Die Verteilung der Lichtbildbühnen auf die einzelnen Landesteile ist im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen sehr ungleichmäßig. Bayern mit 9,8 Millionen Einwohnern hat 198 Theater, das Königreich Sachsen mit nur 4,8 Millionen Bewohnern dagegen 276. Aus der Statistik geht ferner hervor, daß es in Deutschland noch etwa 50 Städte mit über 10 000 Einwohnern gibt, in denen noch kein einziges Kino vorhanden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0005

Fortschritte in der weiblichen wissenschaftlichen Mitarbeit.

Aus Holland wird gemeldet, daß durch Beschluß des Ministers des Innern an der Reichsuniversität Utrecht fünfzehn Frauen zu Assistentinnen und Konservatorinnen ernannt worden sind, nämlich eine für Anatomie, zwei für Pathologie, eine für Physiologie, zwei für Psychiatrie, zwei für Naturgeschichte, zwei für Pharmazeutik, je eine für Botanik, Chemie, Mineralogie, eine Bibliothekarin und eine Rechnerin an der Sternwarte. — An dieselbe Universität ist bekanntlich letztes Jahr Dr. Johanna Westerdijk als Professor für Pflanzenkrankheiten berufen worden.

Die philosophische Fakultät der Universität Konstantinopel beschloß, die öffentlichen Vorlesungen auch den türkischen Frauen zugänglich zu machen. Das schrittweise Eindringen der türkischen Frauen in Schulen, öffentliche Institute und Bureaus verstärkt sich in jüngster Zeit ganz bedeutend.

Säuglinge, auf zur Stammrolle! Ein wohlweiser Magistrat in Oderberg erläßt in der Oderberger Zeitung vom 3. Januar folgende Bekanntmachung:

Diejenigen männlichen Personen, welche in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1917 geboren sind und sich noch nicht zur Landsturmrolle angemeldet haben, werden hierdurch aufgefordert, die Anmeldung bis zum 5. Januar 1918 unter Vorlage des Geburtscheines zu bewirken. Für die in Oderberg, Mark, geborenen Personen ist die Beibringung des Geburtscheines nicht erforderlich.

Oderberg, Mark, den 1. Januar 1918.

Der Magistrat. Sieg.

Herr Sieg scheint eine ausnahmsweise fürsichtige Obrigkeit zu sein. Wie wäre es, wenn er alle männlichen Personen, die im Laufe des Jahres 1918 in Oderberg das Licht der Welt zu erblicken gedenken, zur Vorberanmeldung für die Stammrolle aufforderte?

Ausschluß vom Handel wegen Grobheit. Der Reichsanzeiger bringt eine Bekanntmachung, in der einem Kaufmann J. in Gelsenkirchen der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf die Dauer von 14 Tagen verboten wird, weil er „eine Kundin ohne Grund mit den Worten „Frauenzimmer" und „Spitzbube" beschimpft hat. Infolge derartiger unhöflicher Behandlung des Publikums hat J. sich als unzuverlässig im Handel erwiesen, und ist deshalb seine Ausschließung gerechtfertigt". Diese Ausschließung mag anderen als Warnung dienen.

Ein christlicher Wunsch. Aus Stadtilm in Thüringen wird gemeldet: Frau Berta Merten in Wikleben gibt folgendes bekannt: Dem raffinierten Spitzbuben, der mir meine 17 Strümpfe aus meinem Hofe stahl, zur Nachricht, daß der 18., M. M. gezeichnet, auch noch zu holen ist. Ich hege den eifrigsten Wunsch, daß dem, der meine Strümpfe trägt, eine Zehe um die andere vom Leibe fault.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonnabend, den 26. Januar: Teils heiter, teils neblig, vorwiegend trocken, tagsüber mild.

Walhalla-Theater. 7/8 Uhr.
Gastspiel der Operetten-Gesellschaft
Kurt Olfers mit **Gustav Bertram** als Gast.
Heute, zum 5. Mal:
Der Favorit.
(Der Frauengünstling.)
Operette von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk.
3652 Musik von Robert Stolz.
Hauptgesänge:
1. Das ist der Tip, der uns vom Glück geboten.
2. Nur bis zum Haustor nehm' ich Dich mit.
3. Kleine Füss' sind für Männeraugen stets ein Paradies.
4. Du sollst der Kaiser meiner Seele sein.
5. Bis Nacht um zehn, da kann nix g'scheh'n.
6. Lächeln, Lächeln, sei lieb zu mir.
Kasse 10—1¼ und 4—6 Uhr.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. **U.T** **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224. 3662
Der goldene Tod. Drama in 3 Akten.
Erna Morena in **Prima Vera.** Drama in 3 Akten.
Ein fideles Gefängnis. Lustspiel in 3 Akten von Ernst Lubitsch.
Arnold Rieck in **Frau Lenes Scheidung.** Lustspiel in 4 Akten.

Apollo-Theater.
Täglich, abends 7/8 Uhr:
3666 **„Die Kinokönigin"**
Operette in 8 Akten v. Okonkowsky und Freund.
Musik v. J. Gilbert.
1. Akt: D. Stelldich. l. Fahrstuhl.
2. Akt: Die Flimmerkiste.
3. Akt: Wenn der Mondschein lacht.
Vorverkauf eine Woche im voraus, täglich 9—1 u. 5½—7 Uhr.
Sonntag, 27. Jan., nachm. ½4 Uhr:
Grosse Familien-Vorstellung:
Der **dumme August.**
Operette in 3 Akten von Dr. B. Decker und R. Pohl.
Musik von R. Gfaller.
Kleine Preise. Erwachsene ein Kind frei. 2 Kinder ein Billet.

Volkspark Burgstr. 27.
Morgen, Sonnabend, 26. Januar, abends 8 Uhr:
Grosser bunter Abend
der Herren Stummer u. Müller.
Kinder haben keinen Zutritt.
3667 Die Geschäftsleitung.

U.T **Alte Promenade 11a.** Fernruf 5738.
Sonnabend, Sonntag u. Montag pünktlich nachmittags 3 Uhr je einmalige Vorführung des neuen, grossen Märchenfilms
„Dornröschen",
in mehreren Abteilungen mit Versen von Rudolf Presber. 3662
Jugendliche haben Zutritt!
Die Theaterkasse ist zum Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr vorm. geöffnet.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Sonnabend, den 26. Januar 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Kinder-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Aschenbrödel
oder: Der gläserne Pantoffel.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von C. A. Görner.
Abends 7½ Uhr:
Die verkaufte Braut.
Komische Oper in drei Aufzügen von Friedrich Smetana.
Sonntag, den 27. Januar 1918, nachmittags:
(Volksvorstellung)
Der Prinz von Homburg.
Abends: 3669
Die toten Augen.

3402 Achtung! Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert** der Hauskapelle.
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich: 3410
Künstler-Konzert.
Ergebenst ladet ein Frau Elsa Beth.

Kartoffelacker
am Röpziger- und Schwarzenwege vergibt
O. Schreiber, Schmiedstraße 20. 3643

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Halle a. d. S.
Sonntag, den 27. Januar, vormittags von 9 bis 2 Uhr:
Delegiertenwahl zum Verbandstage!
Als Wahllokale sind folgende festgelegt:
1. Für den Süden: Restaurant zur „Konsumhalle", Bertramstraße 18 (Herm. Schade).
2. Für das Zentrum: Verbandsbureau, Harz 42-44, 1 Treppe.
3. Für den Norden und Westen: „Volkspark", Burgstraße 27.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, auch der ländlichen, sich recht rege an der Wahl zu beteiligen Zeit und Wahllokale sind so eingeteilt, daß es wohl keinem große Umstände verursacht, um sich an der Wahl beteiligen zu können.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
3656 Die Ortsverwaltung.

Möbel!
Riesenauswahl
in allen Preislagen. 3627
Möbelfabrik C. Hauptmann,
Kl. Ulrichstr. 36.

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Einkaufsquellen
Bitterfeld: **R. Richter, Kaiserstr. 1** Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Höbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Sekteltfarst, Salizyr Stahlwaren.
C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 56.
Delitzsch: **E. Preller, Manufakturwaren.**
M. Riesaler Kinderwag. Korbwaren
Merseburg: **Th. Ebert** Katzenplan 15, Mechaniker, Optiker
Wittenberg: **Aug. Linke** Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.
Nettetadt: **S. Rosenberg** Konfektion und Manufakturwaren
Sangerhausen: **Herm. Bader** Apoth. Sangerhausen gegr. 1668 Lieferant für alle Krankenkassen Allopatie u. Homöopathie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.
Torgau: Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**
Eisleben: Eislebener Aktienbierbrauerei Eisleben empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.

Johannes Thurm.
3665 Reilstraße 10.
Sonnabend nachm.: Nr. 1001—1400.

Schulbücher aller Art empfiehlt die Volksbuchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Sohlenschoner empfiehlt *1943
Lederhandlung
Carl Friedrich Nachf., Brüderstr. 13.

Möbel, Betten, Pfandscheine 3424 kauft zu höchsten Preisen Frau Hornickel, Kleine Klausstraße 6.

Guterhaltene Möbel, 1 Geige m. Kasten zu verkaufen 3638 Gr. Gosenstr. 12, pt.

Arbeitsmarkt
Schlosser für Stempel und Matritzen gesucht. Mitteldeutsche Federfabrik *1940 Grünstr. 29.

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 3436
Lange & Gellen, Maschinenfabrik, Raffinerieft. 43.

Räum- u. Aschefuhren werden angenommen. 3664 Advokatenweg 30. Tel.: 5386.

K. Weinrich,
Roßschlächterei,
Bölbergerweg 30, Teleph. 1876,
3487 zahlt für
Schlachtpferde
die höchsten Preise.

Woher kommt das Geld zum Kriege?
Von Julian Borchardt.
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf)
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle, Harz 42-44.

Preiswerte Angebote!!!
Handschuhe u. Strümpfe. Grosse Mengen Strümpfe in Wolle, Seide, Flor, Baumwolle in allen Preislagen, für Herren, Damen und Kinder. Handschuhe in Trikot, Seide und Glaceleder.
Trikotagen und Unterzeuge. Warme Unterzeuge, wie Sweaters, Damenwesten, Hemden, Beinkleider und Kinder-Unterzeuge in denkbar grösster Auswahl zu mässigen Preisen.
Damen- und Mädchenkleid., hübsche, fertige Kleidung, wie Paletots, Kostüme, 68 bis 295 M. × Elegante Seidenjacken und Mäntel 78 bis 145 M. × Fertige Konfirmandenkleider, schwarz und farbig, preiswert.
Kleider- und Blusenstoffe. Stoffe in Wolle, Seide, Samt, Halbseide. × Schleierstoffe in riesiger Auswahl in den Preislagen 8.85 bis 47 Mark, 140 cm breite Kostümstoffe vorteilhaft. 3667
Im Kaufhaus H. ELKAN

Familien-Nachrichten.

Den blutigen Kämpfen im Westen fiel unser lieber Jugendfreund

Paul Wille

zum Opfer. *1942

Zum zweiten Mal beklagen wir den Tod eines der Unseren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Seine Jugendfreunde und Freundinnen von Schkeuditz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180125-19/fragment/page=0006